



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Finanzwirtschaft
Az.: 900-01/wi
Tel.: 0391/56531-35
ruby@landkreistag-st.de

29. Juni 2016

Rundschreiben Nr. 303/2016

Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2016

Bezug: Unsere Rundschreiben Nr. 324/2015 vom 3. Juni 2015

Kurzfassung:

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat am 27. Juni 2016 die Ergebnisse des Kommunalpanels 2016 vorgestellt. Insgesamt offenbart das Kommunalpanel 2016 einen kommunalen Investitionsrückstand von 136 Mrd. Euro, der damit leicht über dem 2015 festgestellten Niveau von 132 Mrd. Euro liegt. Bei den Landkreisen wird ein Investitionsstau im Umfang von 25,4 Mrd. Euro (2015: 21,5 Mrd. Euro) festgestellt, von dem 67 % (Vorjahr: 63 %) bei den Schulen (11,3 Mrd. Euro) und Straßen (5,7 Mrd. Euro) besteht. Große Investitionslücken bestehen auf Kreisebene weiterhin auch bei der Gesundheitsinfrastruktur (2,5 Mrd. Euro) und im Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude (3 Mrd. Euro). Für die Informationsinfrastruktur, zu der auch die Kreisinvestitionen zur Breitbandversorgung zählen, beziffern die Landkreise schließlich den Investitionsstau auf 1,1 Mrd. Euro.

Mit unserem Bezugsrundschreiben Nr. 324/2015 haben wir über die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2015 berichtet. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat nunmehr am 27. Juni 2016 die Ergebnisse des Kommunalpanels 2016 vorgestellt und damit Daten sowie Einschätzungen

- zur finanziellen Lage der Kommunen,
- zu Investitionen, darunter Investitionsbereiche und -rückstand,
- zur Investitionsfinanzierung und Kassenkredite,
- zu „Schule und Inklusion“ (Sonderthema) sowie
- zu Finanzierungsbedingungen

erfragt. Der Fragebogen war mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Um das Profil des KfW-Kommunalpanels zu schärfen, wurde die Befragung wie be-

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

reits im Vorjahr als echte „Panelbefragung“ (Befragung der gleichen Kommunen über mehrere Jahre hinweg) organisiert. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, methodische Schwächen früherer Erhebungen durch flankierende Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Die Erhebungsgrundgesamtheit umfasste alle Großstädte, Mittelstädte und Landkreise sowie eine geschichtete Stichprobe kleinerer Städte und Gemeinden. Von den 295 Landkreisen hatten sich 73 an der Umfrage beteiligt; dies entspricht einer Beteiligungsquote von knapp 25 %.

Der wahrgenommene Investitionsrückstand ist dem Kommunalpanel 2016 zufolge gegenüber dem Vorjahr um 4 Mrd. Euro auf 136 Mrd. Euro gestiegen. Bei der Bewertung des Investitionsrückstands spielen subjektive „Dringlichkeitseinschätzungen“ und Zukunftserwartungen eine wichtige Rolle. In den Kommunen steigt das Bewusstsein für aufgestaute Infrastrukturdefizite, und gleichzeitig wachsen die Bedarfe weiter, etwa für die Flüchtlingsunterbringung und -eingliederung oder die Inklusion.

Für die Landkreise ist ein „Sprung“ von 21,5 Mrd. Euro auf 25,4 Mrd. Euro zu verzeichnen. Die größten Defizite bestehen im Landkreisbereich bei den Schulen (11,3 Mrd. Euro = 219,22 Euro pro Kopf, Zuwachs: 2,1 Mrd. Euro) und bei den Straßen (5,7 Mrd. Euro = 114,77 Euro pro Kopf, Wert in etwa wie 2014). Große Investitionslücken bestehen auf Kreisebene weiterhin auch bei der Gesundheitsinfrastruktur (2,5 Mrd. Euro, Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 41,3 %) und im Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude (3,0 Mrd. Euro, Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 45,6 %), wo der wahrgenommene Investitionsrückstand jeweils um ½ Mrd. Euro zugenommen hat. Für die Informationsinfrastruktur, zu der auch die Kreisinvestitionen zur Breitbandversorgung zählen, beziffern die Landkreise schließlich den Investitionsstau auf 1,1 Mrd. Euro (Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 31,1 %).

Insgesamt gehen die antwortenden Kommunen häufiger als in den letzten Jahren davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren der Investitionsstau zumindest etwas aufgelöst werden kann. Eine Ausnahme bildet der Bereich Straßen und Verkehr. Bei den Landkreisen sind die Erwartungen im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. 79 % (Vorjahr: 78,5 %) der antwortenden Landkreise geht im Bereich Straßen und Verkehr von ähnlich groß bleibenden oder wachsenden Investitionsrückständen aus. Für den Schulbereich 46,2 % (Vorjahr: 47 %) und den Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude 63,2 % (Vorjahr: 61,3 %) sind die Erwartungen nicht ganz so pessimistisch, aber ebenfalls nahezu unverändert.

Ein besorgniserregendes Thema bleiben die unzureichenden Unterhaltungsleistungen. Bei der Straßenverkehrsinfrastruktur konnten gerade einmal 39,1 % (Vorjahr: 42 %) der Kommunen in den vergangenen fünf Jahren notwendige Maßnahmen des Unterhalts vollständig oder weitgehend gewährleisten (Landkreise: 52,9 %). Im Bereich der Schulen sind es 60,7 % (Landkreise: 52,7 %), bei den öffentlichen Verwaltungsgebäuden 55,9 % (Landkreise: 57,6 %). Auffällig ist, dass sich die Situation in den kleinen Gemeinden deutlich besser zeigt.

Die Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme zur Finanzierung kommunaler Investitionen waren zum Zeitpunkt der Befragung gut. Gegenüber der Vorjahresbefragung ist der Anteil der Kommunen, die Eigenmittel zur Finanzierung ihrer Investitionen einsetzen, leicht gesunken. Hochgerechnet auf alle Kommunen liegt dieser An-

teil für 2015 bei 89,8 % (Vorjahr: 91 %), greift man die Landkreise hier heraus, so liegt der Wert mit 80,3 % (Vorjahr: 81 %) deutlich niedriger.

Der Anteil der Kommunen, die Zuwendungen von Bund und Ländern nutzen, steigt bei 94,4 % gegenüber dem schon hohen Niveau des Vorjahres (2014: Anstieg um 13 Prozentpunkte auf 91 %). Auch der Anteil der Kommunen, die ihre Investitionen über Kommunalkredite finanzieren, liegt mit 71,8 % deutlich höher als im Vorjahr (62 %). Nahezu alle Landkreise unter den Befragungsteilnehmern greifen auf Zuwendungen von Bund und Land zurück (98,4 %). Anteilig greifen die Landkreise zudem am höchsten (87,8 %) auf Kommunalkredite zurück. Mit 35 % (Vorjahr: 30 %) ist der kommunalkreditfinanzierte Anteil im Ebenenvergleich bei den Landkreisen auch am höchsten, während der Eigenmittelanteil im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist (-5 %-Punkte) und mit 32,1 % deutlich unter dem gesamt kommunalen Wert (44 %) liegt.

Im Bildungsbereich (Sonderthema „Schule und Inklusion“) offenbart das Kommunalpanel 2016 eine Verschiebung der investiven Prioritäten der Kommunen. Während in der Vergangenheit v.a. die Renovierung der Bausubstanz (79 %) und die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten (73 %) eine sehr große oder große finanzielle Bedeutung beigemessen wurde, sind es in der Zukunft die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten (81 %) sowie die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingskindern (81 %). Die Renovierung der Bausubstanz (72 %) rutscht auf den dritten Platz ab.

Deutlich höhere Ausgabebedarfe als in der Vergangenheit (35 %) werden zudem bei der Umsetzung der Inklusion (68 %) erwartet. Bei den Landkreisen ist der Anteil derjenigen, die der Umsetzung der Inklusion sehr große bis große Bedeutung mit Blick auf die künftige finanzielle Entwicklung beimessen, mit 83,8 % (in der Vergangenheit: 44,1 %) deutlich höher. Eine ähnlich hohe Priorität kommt bei den Landkreisen der Integration von Zuwanderern und Flüchtlingskindern (84,8 %, in der Vergangenheit: 25 %) und der Renovierung der Bausubstanz (82,3 %, in der Vergangenheit: 83,8 %) zu.

Insgesamt geben die Landkreise nach den Feststellungen des Kommunalpanels 2016 im Durchschnitt (2015: 102 Euro pro Kopf, 2016: 92,40 Euro pro Kopf) mehr für die Inklusion aus als die Städte und Gemeinden und liegen um ein Vielfaches über dem gesamt kommunalen Durchschnitt (2015: 48,55 Euro pro Kopf, 2016: 29,44 Euro pro Kopf).

Wegen der weiteren Ergebnisse nehmen wir auf die beigefügte **Anlage** Bezug.



Theel

Anlage
(**nur** digital)